



Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

# **IWH-Pressemitteilung 13/2004**

## **vom 6. April 2004**

**Agenda 2010 nach einem Jahr:  
die Reformen sind besser als ihr Ruf**

**Ansprechpartner: Rüdiger Pohl (Tel. 0345/77 53 700)**

Halle (Saale), den 6. April 2004

---

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale) Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)  
Tel.: (0345) 7753-60 Fax: (0345) 7753 820 <http://www.iwh-halle.de>

## Ein Kommentar

### Agenda 2010 nach einem Jahr: die Reformen sind besser als ihr Ruf

Zugegeben: eine Goldmedaille wird die Bundesregierung mit ihrer Reformpolitik nicht gewinnen. Die Reaktionen in der Öffentlichkeit sind negativ. Reformgegner organisieren Demonstrationen. Reformbefürworter führen eine lange Mängelliste an. Die Reformen gehen nicht weit genug. Warum, zum Beispiel, wird die demographisch gebotene Anhebung des Renteneintrittsalters immer noch verzögert? Die Reformen sind nicht umfassend genug, manche Reformfelder werden tabuisiert. Warum, zum Beispiel, soll das überkommene System der Tarifverträge unangetastet bleiben, weshalb ist keine Korrektur der Mitbestimmung erlaubt? Die Regierung handelt zudem widersprüchlich. Warum, zum Beispiel, greift sie zu dem untauglichen Instrument der Ausbildungsplatzabgabe, die den Lehrstellenmangel nicht an der Wurzel bekämpft? Strafmaßnahmen dieser Art sind das Gegenteil von Entlastungen, die in der Reformagenda als Voraussetzung für die Dynamisierung der Wirtschaft erkannt werden. Nicht nur die Regierung steht mit ihren Reformen im Kreuzfeuer. Sobald die Opposition ehrgeizige Reformpläne schmiedet, sieht sie sich ebenfalls massiver Kritik ausgesetzt.

Alles das trägt zu dem Eindruck bei, der Reformprozess in Deutschland taue nicht viel. Dieser Eindruck ist falsch! Die Reformen in Deutschland sind besser als ihr Ruf. Das Wichtigste: die politisch Handelnden in unserem Land haben, mehrheitlich, zu einer realistischen Beurteilung des Zustands des Wirtschaftsstandorts Deutschland gefunden. Es ist noch nicht lange her, dass die wirtschaftlichen Verwerfungen als konjunkturelles Phänomen verniedlicht wurden. Inzwischen ist den politischen Führungseliten klar: Deutschland steht wirtschaftlich auf der Kippe. Nachhaltige Investitionsschwäche verbunden mit niedrigem Wirtschaftswachstum lassen nicht einmal mehr eine Stabilisierung des Arbeitsvolumens zu, die Investitionsfähigkeit der öffentlichen Haushalte schmilzt; die finanzielle Basis der sozialen Sicherungssysteme erodiert. Strukturell ist die Krise des Standorts Deutschland. Und deswegen hilft nicht ein Konjunkturimpuls, sondern nur eine grundlegende Reform. Die Politik lässt sich bei ihren Reformen von dieser Einsicht leiten.

Und hier ist in den letzten Monaten mehr auf den Weg gebracht worden als in vielen Jahren zuvor. Der Reformprozess ist zielführend. Es geht um den Abbau der Staatsquote, die Senkung der Abgabenlast, die Einschränkung von Umverteilung, die Stärkung der Eigenverantwortung und Selbstvorsorge, die Befreiung vor allem des Arbeitsmarktes von fesselnden Regulierungen. Die Liste der inzwischen ergriffenen Reformmaßnahmen ist lang: Leistungskürzungen im Gesundheitswesen und im Rentensystem, Streichung von Subventionen, Aufweichung von Regulierungen am Arbeitsmarkt (Handwerksordnung, Kündigungsschutz). Es gibt Reformschritte, die einem Paradigmenwechsel gleichkommen. Die neue Zumutbarkeitsregelung zum Beispiel: Arbeitslose müssen künftig Arbeitsplätze annehmen, auch wenn sie unter ihrem bisherigen Qualifikationsstandard stehen und unter Tariflöhnen vergütet werden. Wo früher die Bewahrung eines einmal erworbenen Sozialanspruchs notfalls auch in dauerhafter Arbeitslosigkeit im Vordergrund stand, wird heute die Rückkehr in den Arbeitsmarkt favorisiert. Das ist ein Fortschritt.

Gegen die Reformen regt sich massiver Widerstand. Das ist der sicherste Beleg dafür, dass es sich bei den Reformen nicht um kosmetische Korrekturen handelt, sondern um spürbare Einschnitte und Veränderungen. Der Widerstand gegen die Reformen, besonders energisch vorgetragen von Gewerkschaften, Sozialverbänden, aber auch Politikern unterschiedlichen Couleurs, reflektiert, dass viele gesellschaftlichen Gruppen noch nicht einsehen wollen, dass ihre Besitzstände durch den globalen Standortwettbewerb attackiert werden, nicht durch eine als „unausgewogen“ diffamierte Reformpolitik. Man könnte diese Fehleinschätzung mit Bedauern übergehen, hätte sie nicht politische Konsequenzen. Sie ist letztlich dafür verantwortlich, dass die Reformschritte nicht ehrgeiziger, umfassender und weitreichender sein können. Der Widerstand der Besitzstandwahrer zwingt der Politik einen Reformprozess der kleinen Schritte auf. Notwendig ist, dass die Politik, auch wenn sie nur in kleinen Schritten vorankommt, nicht in den Reformen an sich Kompromisse macht. Denn so positiv der bisherige Reformweg auch einzuschätzen ist, es müssen noch viele Schritte folgen.

*Ruediger.Pohl@iwh-halle.de*